

## Antrag

**der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Tom Koenigs, Agnieszka Brugger, Tabea Rößner, Renate Künast, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Uwe Kekeritz, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Luise Amtsberg, Dieter Janecek, Katja Keul, Dr. Konstantin von Notz, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Ja zur Meinungsfreiheit, nein zur Folter – Menschenrechte in Saudi-Arabien schützen, Raif Badawi freilassen**

I. Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Saudi-Arabien hat es unter der Herrschaft von König Abdullah bin Abdul Asis Al-Saud nur mäßige Modernisierungsfortschritte gegeben. Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien ist nach wie vor erschreckend: neben der Prügelstrafe gibt es die Todesstrafe mit teilweise mittelalterlichen Vollzugsmethoden wie Enthauptungen. Hunderte sitzen in den Todeszellen, viele von ihnen (79 im Jahre 2012) werden jedes Jahr hingerichtet, darunter auch Minderjährige. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind stark eingeschränkt. In der „Rangliste der Pressefreiheit“, die jährlich von „Reporter ohne Grenzen“, veröffentlicht wird, befindet sich Saudi-Arabien mit Platz 164 (von 180) auf einem der letzten Plätze. In kaum einem anderen Land sind Menschen, die nicht der wahabitischen Auslegung des Islam folgen, AtheistInnen oder VertreterInnen religiöser Minderheiten derart massiven Einschränkungen und Repressalien ausgesetzt wie in Saudi-Arabien. Oppositionelle und MenschenrechtsverteidigerInnen werden verfolgt und inhaftiert, Gerichtsverfahren verlaufen unfair. Die Folterer kommen straflos davon. Menschenrechtsverletzungen, insbesondere an Frauen, Homosexuellen sind an der Tagesordnung, auch an ausländischen ArbeitsmigrantInnen, die ein Drittel der saudischen Bevölkerung stellen..
2. Angesichts dieser Situation ist es umso wichtiger, dass es Menschen gibt, die es unter diesen repressiven Bedingungen wagen, ihre Meinung frei zu äußern. Ihnen gebührt unser Respekt und Schutz. Im Juni 2012 wurde der Blogger und Internet-Aktivist, Raif Badawi verhaftet. Wegen

"Beleidigung des Islam" wurde er im November 2014 zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe, einer Geldstrafe und zu 1000 Stock- und Peitschenhieben verurteilt. Nachdem die erste Einheit von 50 Peitschenhieben am 9. Januar 2015 öffentlich vollstreckt wurde, ist die weitere Vollstreckung aufgrund der noch nicht verheilten Wunden zumindest momentan ausgesetzt.

Badawis Anwalt, der 35-jährige Menschenrechtsverteidiger Waleed Abu al-Khair, wurde 2014 zu 15 Jahren Haft, einer hohen Geldstrafe und einem 15-jährigen Reiseverbot verurteilt. Wie Badawi befindet er sich derzeit in Haft.

Mutige Menschenrechtsverteidiger wie Raif Badawi und sein Anwalt Waleed Abu al-Khair benötigen unsere Solidarität unsere Unterstützung und unseren Schutz. Die Prügelstrafe und Hinrichtungen müssen sofort ausgesetzt und generell abgeschafft werden. MenschenrechtsverteidigerInnen, die nichts anderes getan haben, als mit friedlichen Mitteln ihre Meinung zu äußern, müssen freigelassen werden.

3. Die Politik der Bundesregierung gegenüber Saudi-Arabien ist geprägt von Lippenbekenntnissen für die Menschenrechte einerseits und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit andererseits. Deutschland ist neben den USA und China einer der wichtigsten Lieferanten.

In der Kritik stehen dabei insbesondere die deutschen Rüstungsgeschäfte. Entgegen den eigenen politischen Richtlinien und gegen lautstarke Proteste lieferte die Bundesregierung in den vergangenen Jahren weiterhin im massiven Umfang Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien. Bereits im ersten Halbjahr 2014 betrug der Umfang genehmigter Rüstungsexportgüter 65,9 Millionen Euro.

Die Bundesregierung hat dabei die menschenrechtlichen Kriterien jedoch völlig ausgeblendet und betonte lediglich die besondere industrie- und beschäftigungspolitische Bedeutung dieser Geschäfte. Gerade dieses Argument darf jedoch, folgt man den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, keine Rolle spielen. Darüber hinaus werden Geschäfte wie die geplante Lieferung von 146 Patrouillenbooten zusätzlich mit Hermesbürgschaften abgesichert.

Laut Presseberichten hat die Bundesregierung angeblich nun weitere Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien ausgesetzt. Die Bundesregierung muss nun genau darlegen, ob sie an dieser Stelle wirklich einen Kurswechsel vollzieht, welche Geschäfte davon betroffen sind und auch bereits in der Vergangenheit erteilte Genehmigungen neu prüfen und ggf. zurücknehmen.

4. In Saudi Arabien muss es einen politischen Kurswechsel geben. Auch die deutschen Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien und die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich dürfen nicht wie bisher weiterlaufen. Die Bundesregierung muss den Wortlaut und die menschenrechtliche Basis der eigenen Rüstungsexportrichtlinien ernstnehmen. Menschenrechte

müssen ein zentraler Bestandteil deutscher Außenpolitik sein. Dazu gehört auch, den Austausch der deutschen und saudischen Zivilgesellschaft durch gezielte Programme (z.B. durch Stipendienprogramme für kritische JournalistInnen) zu fördern und so MenschenrechtsaktivistInnen vor Ort zu stärken. Und dazu gehört, Menschenrechtsverletzungen unmissverständlich beim Namen zu nennen.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- 1) sich sowohl multi- wie bilateral nachdrücklich und auf allen politischen Ebenen für die Freilassung Raif Badawis und seines Anwalts Waleed Abu al-Khair einzusetzen;
- 2) Prügelstrafen als Folter zu benennen und sich sowohl multi- wie bilateral nachdrücklich und auf allen politischen Ebenen für die sofortige Aufhebung und generelle Abschaffung von Körperstrafen einzusetzen;
- 3) bei den anstehenden Reisen von Bundesaußenminister Steinmeier und Vizkanzler Gabriel die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien und das Vorgehen gegen Raif Badawi und seinen Anwalt Waleed Abu al-Khair klar und unmissverständlich anzusprechen;
- 4) sich für Meinungs- und Pressefreiheit und das Verbot von Zensur in Saudi-Arabien einzusetzen;
- 5) den Austausch der deutschen und saudischen Zivilgesellschaft durch gezielte Programme zu verstärken;
- 6) die umfangreichen Rüstungsgeschäfte – auch im Bereich der Überwachungstechnologien - mit Saudi-Arabien umgehend zu stoppen und Exportgenehmigungen aus der Vergangenheit neu zu prüfen und ggf. zu widerrufen und Transparenz darüber herzustellen, ob nun ein Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien im Bundessicherheitsrat beschlossen wurde und welche Geschäfte davon umfasst sind;
- 7) das Sicherheitsabkommen mit Saudi-Arabien aufzukündigen.

Berlin, den 27. Januar 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**